



Winterthur, 31. Oktober 2024

Medienmitteilung – 3x NEIN zur Initiative «Wohnen für alle» und Gegenvorschläge, NEIN zur Initiative «Ja zu einer freien und günstigen Stromwahl» und JA zur Vorlage «Übernahme des Museumspersonals durch den Kunstverein»

An ihrer Parteiversammlung hat Die Mitte Stadt Winterthur mit klaren Mehrheiten entschieden, die Initiative «Wohnen für alle» bzw. die Gegenvorschläge dazu und die Initiative «Ja zu einer freien und günstigen Stromwahl» abzulehnen. Einstimmig war hingegen die Zustimmung für die Vorlage «Übernahme des Museumspersonals durch den Kunstverein», Verpflichtungskredit von 4,75 Millionen Franken jährlich wiederkehrend.

Die Mitte Stadt Winterthur ist der Überzeugung, dass Winterthur mehr bezahlbaren Wohnraum braucht. Dennoch empfiehlt sie, die Initiative «Wohnen für alle» sowie die Gegenvorschläge des Stadtrats bzw. des Stadtparlaments zur Ablehnung. Die Initiative und die Gegenvorschläge sehen eine zu hohe und daher auch unrealistische Anzahl an neuen Wohnungen pro Jahr für eine sehr lange Zeitperiode vor. Zudem soll die Zielsetzung unabhängig von der Leerstandquote bestehen bleiben. Die Initiative oder die Gegenvorschläge würden zu einer starken Einmischung der öffentlichen Hand in den städtischen Wohnungsmarkt führen, dies mit unvorhersehbaren Folgen für den ohnehin angespannten Finanzhaushalt der Stadt. Die Mitte Stadt Winterthur ist der Überzeugung, dass das Wohnraumproblem in Winterthur nicht durch städtisch finanzierte bzw. unterstützte Bauprojekte, sondern durch andere Massnahmen wie beispielsweise Verdichtung und Umzonung gelöst werden kann und soll.

Ebenfalls mit grosser Mehrheit sagt Die Mitte Nein zur Initiative «Ja zu einer freien und günstigen Stromwahl». Die Initiative will, dass Atomenergie wieder in den Strommix der Stadt Winterthur aufgenommen wird. Auch Stromprodukte aus reiner Atomenergie sind vorgesehen. Für Die Mitte Stadt Winterthur widerspricht diese Initiative dem klaren Ja der Winterthurer Bevölkerung im Jahr 2017 zur Energiestrategie 2050 und dem damit verbundenen Atomausstieg. Ausserdem würden die neuen Produkte nicht nennenswert günstiger ausfallen.

Zudem sagt Die Mitte einstimmig Ja zur Vorlage «Übernahme des Museumspersonals durch den Kunstverein», Verpflichtungskredit von 4,75 Millionen Franken jährlich wiederkehrend. Dies stellt den letzten Schritt des im Jahr 2015 verabschiedeten Museumskonzepts dar. Die Übernahme der städtischen Kunstmuseen durch den Kunstverein soll eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Museumsbetriebs ermöglichen. Mit der Übernahme des Personals durch den Kunstverein wäre dieses Vorhaben abgeschlossen. Der Stadt entstehen mit der Übernahme des Personals keine Mehrkosten, da die ehemals eigenen Ausgaben nun in Form einer Subvention an den Kunstverein bezahlt werden.

Kontakt:

Iris Kuster, Stadtparlamentarierin, Fraktionspräsidentin Die Mitte/EDU-Fraktion
iris.kuster@bluemail.ch